

## **Statement zum „Tag der Heilberufe. Gemeinsam für Gesundheit in Bayern“ Titel: „Landtagswahl 2008 – Heilberufekammern fragen Politiker“**

Es freut mich, dass wir, die bayerischen Heilberufekammern, im Vorfeld der Bayerischen Landtagswahlen am 28. September einen „Tag der Heilberufe“ veranstalten, zeugt dies doch von einer gewissen Politisierung der Heilberufe, die ich für gut und wichtig halte.

Wir werden also heute Nachmittag eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Landtagswahl 2008 – Heilberufekammern fragen Politiker“ im Hörsaal Pharmakologie der LMU in der Nussbaumstr. 26, in München von 17.00 bis 20.00 Uhr veranstalten, zu der ich Sie schon alle herzlich einlade.

Die Strukturen der ärztlichen Versorgung haben sich in den vergangenen zwei Jahren rasant verändert. Durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) ist zwar tatsächlich mehr Preiswettbewerb in das Gesundheitswesen eingezogen, aber auch mehr Versorgungsunsicherheit. Die kollektivvertragliche Absicherung der Versorgung ist infrage gestellt, selektive Verträge werden abgeschlossen. Die Patienten sind m. E. auf diese neue Situation (noch) nicht vorbereitet. Viele Ärztinnen und Ärzte auch nicht. Wichtig ist es, den Patientinnen und Patienten ehrlich zu sagen, dass im neuen System ärztliche Bindungen die bisherige Versorgungsdichte wie auch die freie Arztwahl nicht mehr in dem gewohnten Maß gewährleistet werden können. Wichtig ist es auch, den Patientinnen und Patienten ehrlich zu sagen, dass es künftig zu Rationierungen an der einen oder anderen Stelle kommen wird, sei es bei Arzneimitteln, bei Diagnoseverfahren oder auch bei Heil- und Hilfsmitteln. Wichtig ist es auch, den Patientinnen und Patienten ehrlich zu sagen, dass es bald einige Krankenhausabteilungen auf dem Land nicht mehr geben wird, dass die Wege zum Hausarzt, zum Facharzt oder ins Krankenhaus länger werden. Gleiches könnte auch für den Notarzt gelten. Das Schlagwort lautet also hier: Mehr Ehrlichkeit, bitte!  
Kommen wir zu zwei besonders für Bayern relevanten Themen: Für die Ärztinnen und Ärzte gilt der ab 2009 geplante Gesundheitsfonds nicht als wirksame Maßnahme zur Dämpfung der Kosten im Gesundheitswesen. Ganz im Gegenteil – der Gesundheitsfonds ist ein „Bürokratiemonster“,

das zunächst für eine Verteuerung der Krankenkassenbeiträge sorgen wird und mittelfristig die Hochlohnbundesländer, wie Bayern, benachteiligt sowie in die Staatsmedizin führt. Nach wie vor gibt es von Seiten des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) keine belastbaren Daten zu den Auswirkungen des geplanten Gesundheitsfonds. Voraussichtlich werden Versicherte aus Bundesländern mit überdurchschnittlichen Bruttoeinkommen und geringerer Arbeitslosigkeit durch Beitragserhöhungen mehr in diesen Fonds einzahlen müssen, als für ihre Versorgung wieder zur Verfügung steht. Diese Befürchtung wird uns auch durch die „Konvergenz-Klausel“ nicht genommen. Die bayerische Ärzteschaft kritisiert vor allem, dass die vom Gesetzgeber selbst genannten Voraussetzungen für die Einführung des Gesundheitsfonds nicht geschaffen wurden. Das angekündigte Gutachten (§ 272 Abs. 4 SGB V) über die zu erwartenden Auswirkungen des Fonds liegt nur in einer Entwurfsfassung vor und kommt zu dem Schluss, dass die Konvergenzbremse, in der im ersten Jahr bis zu 100 Millionen Euro an Beitragsgeldern und anschließend pro Jahr jeweils bis zu 100 Millionen Euro zusätzlich aus Bayern abfließen können (§ 272 SGB V), nicht wirken kann. Im vertragsärztlichen Bereich ist durch das GKV-WSG mit Honorareinbußen bis zu 500 Millionen Euro zu rechnen. Die Summe setzt sich aus einer Absenkung des bundesweiten Orientierungspunktwertes und der Neuordnung der morbiditätsabhängigen Vergütung zusammen. Beim Thema Krankenhausfinanzierung lehnen Bayerns Ärztinnen und Ärzte die vom BMG geplante monistische Krankenhausfinanzierung ab. Die Klinikfinanzierung darf nicht allein in die Hand der gesetzlichen Krankenkassen gelegt und über den umstrittenen Gesundheitsfonds finanziert werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, dass die Länder um ca. 2,3 Milliarden Euro weniger aus dem Umsatzsteueraufkommen erhalten, die ebenfalls für die Krankenhausfinanzierung in den Fonds fließen sollen. Durch diese Maßnahmen wird in Bayern die verlässliche Finanzierungsbasis für Krankenhausneu- und umbauten sowie für medizinische Großgeräte der Krankenhäuser gefährdet. Das bisher ungleiche Förderverhalten der Länder darf nicht dazu führen, dass das duale System grundsätzlich in Frage gestellt wird. Vor diesem Hintergrund stellen wir also heute Nachmittag den sechs eingeladenen Politikern unsere Fragen. Ich erwarte ehrliche, konkrete und kompetente Antworten.

Ich bin gespannt und lade Sie alle nochmals herzlich ein: Kommen Sie in den Hörsaal der Pharmakologie: Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. med. H. Hellmut Koch  
Präsident der Bayerischen Landesärztekammer

Es gilt das gesprochene Wort!